

Afrika in der Weltwirtschaftskrise

Jörg Goldberg

Obwohl die aktuelle Weltwirtschaftskrise in den Industrieländern Europas und Nordamerikas ausgelöst worden war, fürchtete man die Auswirkungen am meisten in den armen Entwicklungsländern, vor allem in den fragilen Ökonomien Afrikas. IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn prognostizierte Anfang 2009: »Auch wenn es gedauert hat, bis die Krise Afrika erreicht hat: Sie kommt, und ihre Folgen werden schwer sein.« Inzwischen aber hat sich die Tonlage deutlich verändert: Das subsaharische Afrika habe die Krise vergleichsweise gut überstanden, nach einem kurzen Einbruch 2009 werde der Kontinent wohl zum alten Wachstumspfad zurückkehren, heißt es im jüngsten IWF-Wirtschaftsausblick für Afrika.¹

Günstige Wachstumsraten in großen Teilen Afrikas

Diese optimistische Beurteilung erklärt sich zunächst aus den makroökonomischen Daten, die sich in Afrika seit Anfang der 2000er Jahre vergleichsweise günstig darstellen. Nach zwei Jahrzehnten von Stagnation und sinkenden Pro-Kopf-Einkommen verzeichnet das subsaharische Afrika im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts endlich wieder eine längere Wachstumsperiode, die auch durch die Krise von 2008/10 offensichtlich nur kurzzeitig unterbrochen worden ist. Die relative Widerstandsfähigkeit der afrikanischen Wirtschaften mache es wahrscheinlich, dass in Zukunft wieder an das Vorkrisenwachstum angeknüpft werden könne.

Wachstum des realen Sozialprodukts in Afrika in Prozent

	2004–2008	2008	2009	2010*	2011*
Ölexporteure	8,5	7,0	4,8	6,4	6,7
Mittel-Einkommensländer	4,9	3,7	-1,7	3,3	3,6
Niedrig-Einkommensländer	6,3	6,3	4,7	5,1	6,3
Fragile Länder	3,3	3,5	3,0	3,8	4,8
Subsahara Afrika insgesamt	6,5	5,6	2,5	4,9	5,5

* Schätzung bzw. Prognose des IWF
(Quelle: IWF, Regional Outlook Sub-Sahara Africa, Oct. 2010)

Ölexporteure wie Nigeria und Angola haben die Krise am besten überstanden, während der Einbruch in den Ländern mit mittlerem Einkommen, an der Spitze Südafrika, am tiefsten war und die Erholung am zähesten ist. In den fragilen Ländern, d. h. Ländern mit starken inneren Konflikten und Bürgerkriegen wie Zimbabwe oder der Demokratischen Republik Kongo, überwiegen innere Faktoren.

Rohstoffe im Mittelpunkt

Sowohl die Überwindung der Stagnationsphase der 1980er und 1990er Jahre als auch der aktuelle Krisenverlauf erklären sich mit der Rohstoffabhängigkeit der meisten Länder des subsaharischen Afrika. Sie profitieren – jedenfalls was die makroökonomischen Indikatoren angeht – von der Umkehr der Rohstoffpreise und der Verbesserung der internationalen Austauschbedingungen (Terms of Trade), die über eine lange historische Epoche hinweg gesunken waren. Insbesondere die nachholende Industrialisierung in Asien, an der Spitze China, haben zu einem säkularen Anstieg der Nachfrage nach natürlichen Ressourcen geführt und somit deren Preise und Produktionsvolumen nach oben getrieben. Die Krise hatte zwar 2008/2009 kurzfristig zu einem scharfen Rückgang der Rohstoffpreise geführt; dieser Einbruch war allerdings nicht dauerhaft gewesen. Seit etwa einem Jahr steigen die Notierungen wieder an und haben teilweise – vor allem bei Metallen und einigen landwirtschaftlichen Produkten wie Zucker und Baumwolle – die Vorkrisenstände von Mitte 2008 wieder erreicht. Hauptmerkmal ist dabei die Volatilität der Preise, ein Wort, das gute Chancen hat, der Wirtschaftsbegriff des Jahres zu werden. Innerhalb von wenigen Monaten des laufenden Jahres fiel z. B. der Zuckerpreis von 30 Dollarcent je Pfund auf 14 Cent, um gleich darauf wieder auf 32 Cent emporzuschnellen. Die Notierungen für Kupfer fielen zwischen Mitte und Ende 2008 von gut 8.000 US\$ je Tonne auf knapp 2.500 US\$; inzwischen wurden zeitweilig wieder 9.000 US\$ erreicht. Während der deutlich nach oben gerichtete längerfristige Trend bei den Rohstoffpreisen mit den physischen Angebots- und Nachfrageverhältnissen zusammenhängt, wird die Volatilität eindeutig von der wachsenden Rohstoffspekulation bestimmt: Geld verdienen kann man sowohl mit steigenden wie mit fallenden Notierungen. Unter der Überschrift »Unhaltbare Verhältnisse am Kupfermarkt« wunderte sich die neoliberale Neue Zürcher Zeitung über den steilen Anstieg der Kupferpreise, dem aber keine entsprechenden Investitionen gegenüberstehen und kommt zu dem Schluss: »Ein Problem mit dem Kupfermarkt ist, dass ein wachsender Teil der Nachfrage von Spekulanten kommt, die mit Kupfer Geld verdienen wollen. Für ein Bergbauunternehmen, das über Jahrzehnte hinaus plant, sind solche Verhältnisse ein Warnsignal.« (16. 11. 2010) Die Finanzspekulation wirkt so auf die reale Produktion zurück und verunsichert die Investoren. Länder wie Sambia, die vom Kupfer abhängen, werden in Turbulenzen gestürzt, wie die aktuellen Auseinandersetzungen um eine »windfall tax« (Sondergewinnsteuer) auf die Kupfereinnahmen zeigen: Diese wurde Anfang 2008 eingeführt, um die extrem hohen Gewinne der transnationalen Bergbaukonzerne zumindest teilweise in die sambische Staatskasse zu lenken. Ende 2008, mit dem Rückfall der Preise, kam es zur Schließung von Gruben und zu Massenentlassungen, so dass die Regierung unter dem Druck der Konzerne die Steuer wieder abschaffte. Die aktuelle Preisrallye aber hat die Steuer wieder auf die innenpolitische Tagesordnung Sambias gesetzt. Es ist klar, dass unter solchen Bedingungen langfristige Investitionen z. B. in Erziehung, Gesundheit und Infrastrukturen nicht zu finanzieren sind. Zu unsicher sind die Einnahmeverhältnisse der öffentlichen Haushalte.

Noch schlimmer wirkt sich die spekulativ bedingte Preisvolatilität bei Agrarprodukten aus, die überwiegend von Kleinbauern erzeugt werden. Im Juli wurde eine Manipulation am internationalen Kakaomarkt aufgedeckt, von der Millionen Kleinbauern vor allem in der Elfenbeinküste und in Ghana betroffen waren: Ein Ka-

kaohändler (Armajaro), der gleichzeitig einen Hedgefonds betreibt, hatte 240.000 t Kakao-Kontrakte (sieben Prozent der Jahresproduktion) gekauft, was die kurzfristigen Preise in die Höhe getrieben hatte.

Widerspruch zwischen Wachstumsraten und Armutsentwicklung

Die widersprüchliche soziale Wirkung des Rohstoffbooms erklärt zumindest teilweise die Tatsache, dass die Armutswirkung der Krise in Afrika ganz anders zu beurteilen ist als es die vergleichsweise günstigen makroökonomischen Daten vermuten lassen. Denn während die Krise auf der Ebene der Wachstumsraten für Afrika vergleichsweise glimpflich zu verlaufen scheint, gilt das nicht für die sozialen Wirkungen.

Dabei gibt es mehrere Übertragungswege.

Einmal hat die Krise in Ländern mit mittlerem Einkommen, die einen nennenswerten Industriesektor haben, voll auf die Arbeitsmärkte durchgeschlagen. »Die Arbeitslosigkeit ist wesentlich angestiegen ...«, vermerkt der IWF in seinem Afrika-Report. Dies gilt vor allem für Südafrika, das voll in den kapitalistischen Krisenzyklus einbezogen wurde. Hier wirkt sich im Übrigen auch der Währungseffekt aus: Der Rand wurde unter dem Krisendruck deutlich aufgewertet, was die Konkurrenzfähigkeit der verarbeitenden Wirtschaft verschlechtert hat: Die Stärke der Rohstoffexporte führt bei unregulierten Märkten leicht zu negativen Beschäftigungswirkungen.

Ein weiterer sozialer Ansteckungsherd sind die Nahrungsmittelpreise. Mehrere Jahrzehnte von Strukturanpassungspolitik und Handelsliberalisierung haben den Agrarkontinent Afrika, in dem zwei Drittel aller Menschen ganz oder teilweise von der Landwirtschaft leben, zum Nettoimporteur von Nahrungsmitteln gemacht. Sowohl die städtischen Armen als auch ein großer Teil der Kleinbauern müssen Nahrungsmittel kaufen. Der Anstieg der internationalen Preise für Mais, Weizen und Reis wirkt sich auch auf den lokalen Märkten aus und verteuert lebensnotwendige Güter. Wie schon 2008 kam es in den letzten Monaten in Ägypten und Mosambique zu Unruhen, die sich gegen die hohen Lebensmittelpreise richteten. Obwohl das Niveau von 2008 noch nicht wieder erreicht ist, liegt der UN-Index für Nahrungsmittelpreise 2010 fast doppelt so hoch wie im Jahre 2000. 2009 wurden etwa 100 Millionen von Unterernährung betroffene Menschen mehr als in den Vorjahren gezählt. Ohne die Wirtschaftskrise hätte Afrika das Millenniumsziel, die Halbierung der extremen Armut bis 2015, annähernd erreicht, wurde Mitte 2010 bei der Vorlage des Millenniumsberichts der Vereinten Nationen behauptet. Auch wenn diese Aussage vor dem Hintergrund der realen Zahlen übertrieben optimistisch anmutet: Es zeigt sich, dass die Krise trotz der vergleichsweise günstigen makroökonomischen Zahlen für die Masse der Bevölkerung fatal war. »Vor allem wurde der Fortschritt bei der Verwirklichung der Millenniumsziele verzögert, als Folge sinkender Einkommen und zunehmender Unterbeschäftigung«, räumt der IWF ein. Wie sich bei steigendem Sozialprodukt sinkende Einkommen erklären wird im zitierten IWF-Bericht nicht erklärt: Von den expandierenden Rohstoffeinnahmen bleibt nur ein kleiner Teil in den Produktionsländern, wie u. a. das sambische Beispiel zeigt. Selbst im Agrarbereich sickert nur ein kleiner Teil der steigenden Einnahmen bis zu den kleinbäuerlichen Produzenten durch, die aber ihrerseits durch steigende Kosten für Treibstoffe, Transport und landwirtschaftliche Inputs sowie durch höhere Nahrungsmittelpreise belastet werden.

Diversifizierung und Stabilisierung des Rohstoffhandels

Trotzdem hat die Krise und der mit ihr verbundene Anstieg der Rohstoffpreise Afrika auch neue Möglichkeiten eröffnet, deren Nutzung allerdings von politischen Voraussetzungen abhängt.

Eine der Erklärungen für die vergleichsweise günstige makroökonomische Entwicklung, also die »resilience« Afrikas, hängt mit der Umstrukturierung der Exportmärkte zusammen: War Afrika bis Anfang der 2000er Jahre ein handelspolitisches Anhängsel Europas, so hat die Verschiebung der internationalen Wachstumspole in die Schwellenländer dem Kontinent neue Märkte erschlossen, die rascher wachsen als die Nachfrage der Industrieländer. Dies vergrößert die Verhandlungsspielräume der afrikanischen Regierungen. Dem Druck der alten Industrieländer, die Afrika unter dem Vorzeichen der neoliberalen Marktlogik zur bedingungslosen Öffnung ihrer Märkte und zur Aufgabe gezielter industriepolitischer Strategien zwingen wollen, kann nun etwas entgegengesetzt werden. Auch wenn die neuen Wirtschaftsmächte Asiens auch in Afrika vor allem ihre eigenen Interessen verfolgen, so sind diese doch bereit, ihren afrikanischen Handelspartnern »auf Augenhöhe« zu begegnen, während Europa und USA den Kontinent nach wie vor als Hilfeempfänger und Experimentierfeld für unausgelegene wirtschaftspolitische Liberalisierungsrezepte ansehen, die diesen mit dem Instrument der Konditionalitätenpolitik aufgezwungen werden sollen. Entscheidend ist, ob es den afrikanischen Regierungen gelingt, einen größeren Teil der Rohstoffrenten im Lande zu halten und ob diese im Interesse der Bevölkerung verwendet werden. Neben den sozialen Aspekten ist dabei die Stärkung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und der Aufbau einer verarbeitenden Industrie entscheidend, die – anders als die Rohstoffwirtschaft – arbeitsintensiv ist und produktive Arbeitsplätze schafft. Die Krise hat – dies zeigt die besonders schwache Entwicklung in den Ländern mit mittlerem Einkommen – die schwachen Industrialisierungsansätze des Kontinents erneut zurückgeworfen. Dies darf die Regierungen nicht dazu verleiten, sich auf die scheinbar ertragreichere Rohstoffwirtschaft zu konzentrieren. Bei offenen Märkten und ohne entsprechende gezielte Wirtschaftspolitik zur Diversifizierung der Strukturen führt die Orientierung auf Rohstoffexporte zur Aufwertung der Währungen, zur Verbilligung von Importen und zur Vernichtung der einheimischen Verarbeitungswirtschaft (»dutch disease«), was sich in hohen Wachstumsraten bei steigender Arbeitslosigkeit ausdrücken kann. Während die Umsetzung der industriepolitischen Diversifizierungspolitik in der Verantwortung der jeweiligen afrikanischen Regierungen liegt, ist die Kontrolle und Stabilisierung der Rohstoffpreise und -einnahmen und der Kampf gegen die Rohstoffspekulation eine globale Aufgabe: Immerhin wurde inzwischen auf der Ebene der G20 erkannt, dass die Begrenzung der Rohstoffspekulation (insbesondere bei Nahrungsmitteln) und die Schaffung eines Rahmens zur Verhinderung extremer Preisschwankungen eine internationale Aufgabe ist. Die kommende französische Präsidentschaft der G20 hat sich dies auf die Fahnen geschrieben. Der durch die Wirtschaftskrise und den weiteren Verlauf offen gelegte Widerspruch zwischen einer florierenden, wenn auch volatilen afrikanischen Rohstoffwirtschaft einerseits und wachsender Armut und Unterbeschäftigung andererseits verweist auf die Notwendigkeit einer radikalen Wende nationaler und globaler Wirtschaftspolitik: Auf nationaler Ebene müssen die zusätzlichen finanziellen Ressourcen zum Aufbau arbeitsintensiver Wertschöpfungs-

ketten genutzt werden, auf internationaler Ebene ist die zunehmende Finanzialisierung der Rohstoffwirtschaft zu bekämpfen.

Anmerkung

- 1 IWF, Regional Economic Outlook: Sub-Saharan Africa: Resilience and Risks, Oct. 2010, Washington D.C.

Wirtschaft und Gesellschaft

Editorial
Europäische Wirtschaftspolitik nach der Großen Rezession
Predrag Četković, Engelbert Stockhammer
Finanzialisierung und Investitionsverhalten von Industrieaktiengesellschaften in Österreich
Eckhard Hein, Achim Truger
Krise des finanzdominierten Kapitalismus – Plädoyer für einen keynesianischen New Deal für Europa und die Weltwirtschaft
Joachim Becker
Krisenmuster und Anti-Krisen-Politiken in Osteuropa
Artur Steimelweger
Wohnbauförderung in Österreich – eine Bestandsaufnahme
Felix Butschek
Gedämpfte Dramatik
Kurt W. Rothschild
Small Is Beautiful. Zum 100. Geburtstag von Ernst Friedrich (Fritz) Schumacher

Preise: Einzelnummer €10,50, Jahresabonnement €33,-
(inkl. Auslandsversand €55,-), ermäßigtes Studenten-Jahresabonnement gegen Bekanntgabe einer gültigen ÖH-Card-Nummer €19,50, jeweils inkl. MwSt.

Zu bestellen bei: LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien, Marxergasse 25, Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140, e-mail: verlag@lexisnexus.at. Dort kann auch ein kostenloses Probeheft angefordert werden.

4/10

 LexisNexis®
ARD Orac

 